

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 20.04.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Donnerstag, 2. April 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 18:32 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nichtanwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.02.2009 - öffentlicher Teil**
111/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Zwischenbericht zum 3. Frauenförderplan 2007-2009**
104/2009
- 6. Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept Bergisch Gladbach**
 - 1. Entscheidung über den Umgang mit den im Rahmen der Offenlage eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen**
 - 2. Zweiter Entwurf und erneute Auslegung zur Abwägung der öffentlichen Belange, Empfehlung der Verwaltung zur Änderung des Konzepts, Beschluss zur erneuten Offenlage**
123/2009
- 7. Grundlegende Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Stadtmitte Bergisch**

Gladbach“

108/2009

8. **Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung unter Berücksichtigung des Konjunkturpaketes II**
110/2009
9. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
116/2009
10. **Veranstaltungs- und Finanzplan 2009 des Integrationsbeirates**
88/2009
11. **Anträge der Fraktionen**
- 11.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2009 zur Verteilung von Mitteln aus dem „Konjunkturpaket II“**
132/2009
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.02.2009 - nichtöffentlicher Teil**
112/2009
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anträge der Fraktionen**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nichtanwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth eröffnet die 25. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Nagelschmidt (CDU), Frau Hammelrath, Herr Hoffstadt (beide SPD) und Herr Lang (BfBB) entschuldigt, die durch Herrn Jung (CDU), Frau Schöttler-Fuchs, Herrn Dr. Arndt (beide SPD) und Herrn Brenneiser (BfBB) vertreten werden.

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 19.03.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie
- ergänzende Unterlagen zur Vorlage 123/2009 (TOP A 6), die den Ausschussmitgliedern mit Schreiben vom 23.03.2009 übersandt wurden.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Herr Orth erläutert, der Verwaltung sei in der Protokollierung zu TOP A 5 der vergangenen Sitzung ein Fehler unterlaufen. Auf Seite A 8 (unten) müsse das Wort „Beschlussempfehlung“ durch das Wort „Beschluss“ ersetzt werden.

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 05.02.2009 - öffentlicher Teil - wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Korrektur genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.02.2009 - öffentlicher Teil

@->

Der Hauptausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Mitteilung zur Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach

Herr Orth teilt mit, es sei ihm sehr daran gelegen, die Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach dauerhaft zu sichern und angesichts der gestiegenen Anforderungen an die Verbraucherberatung auch eine breitere Finanzierung und einen verbesserten Beratungsservice für die Kundinnen und Kunden sicherzustellen. Er habe deshalb mit dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises Verhandlungen zu diesem Thema aufgenommen. Es sei beabsichtigt, dass der Rheinisch-Bergische Kreis die Finanzierung der kreisweit in Anspruch genommenen Einrichtung übernehme und die Stadt Bergisch Gladbach befristet einen Zuschuss aus eigenen Mitteln beisteuere. Hierfür sei noch die Zustimmung der politischen Gremien erforderlich. Der Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW laufe zum 31.12.2009 aus und bis Mitte des Jahres sollten die Konditionen geklärt werden, zu denen der Standort Bergisch Gladbach weiterbetrieben werden könne. Aus seiner Sicht und auch aus Sicht des Landrates sei es dringend notwendig, das Beratungspersonal aufzustocken.

Herr Dr. Kassner bittet um Mitteilung über die Höhe des von der Stadt zu tragenden Zuschusses.

Herr Orth bittet um Verständnis dafür, dass dies nicht während der laufenden Verhandlungen geschehen könne. Den Fraktionen sei bekannt, dass das Angebot der Beratungsstelle außerordentlich stark in Anspruch genommen werde und insoweit eine Personalaufstockung vorgesehen sei, was zu einem entsprechenden finanziellen Mehrbedarf führen werde, der durch eine Erhöhung der kommunalen Mittel und der Landesmittel gedeckt werden solle. Es solle insofern bei der alten Finanzierungsstruktur bleiben, die kommunale Hauptverantwortung jedoch von der Stadt auf den Kreis übergehen und die Stadt für den Vertragszeitraum an der Finanzierung beteiligt bleiben.

Herr Schütz fragt, ob es zutrefte, dass der neue Vertrag dann zwischen dem Kreis und der Verbraucherzentrale abgeschlossen werde.

Dies wird von Herrn Orth verneint. Es würden drei Vertragsparteien an dem Vertrag beteiligt, nämlich Stadt, Kreis und Verbraucherzentrale.

Frau Beisenherz-Galas fragt, ob mehr Beratungspersonal für die Verbraucherberatung eingestellt werden solle.

Herr Orth antwortet, dass dies geschehen werde, sofern die zwischen ihm und dem Landrat einvernehmlich formulierten Ziele erfüllt würden.

Herr Waldschmidt dankt dem Bürgermeister für sein Engagement für den Erhalt der Verbraucherberatungsstelle Bergisch Gladbach.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Mitteilung zur Zukunft der Bücherei Bensberg

Herr Orth teilt mit, die Stadt habe schon vor einigen Monaten klargestellt, wo bezüglich des Zeitplanes für den Neubau der Bensberger Bücherei die „Schmerzgrenze“ liege. Bis spätestens Ende September 2009 müsse mit dem Bau begonnen worden sein. Nachdem vom Progymnasium als Bauträger ganz aktuell wieder Signale über

einen weiterhin sehr schwierigen Verhandlungsverlauf mit den Zuschuss- und Kreditgebern zu vernehmen waren, sei dieser Termin nunmehr ernsthaft in Frage gestellt. Deshalb halte er es zur Sicherung des Standortes und der Angebotsqualität für notwendig, dass nicht das Progymnasium, sondern die Stadt den Mietvertrag für die bestehenden Räumlichkeiten bis zum 31.12.2010 abschlieÙe. Zudem solle das Fachpersonal in der Bücherei Bensberg möglichst kurzfristig verstärkt werden, so dass der Ausleihbetrieb in seiner Qualität sichergestellt werden könne. Dies sei eine grundlegende Entscheidung, die unabhängig von der weiteren Zusammenarbeit mit dem Progymnasium erfolgen solle. Damit würden für das Progymnasium „die Türen nicht zugeschlagen“; es sei ihm jedoch wichtig, dass die Stadt das Heft des Handelns in der Hand halte, damit der Büchereistandort Bensberg und seine Angebotsqualität gesichert und alle Optionen weiter offen seien. Die Stadt sei nach wie vor an einer Fortführung des begonnenen Integrationsprojektes in hohem Maße interessiert. Allerdings erscheine es ihm vor dem aktuellen Hintergrund nicht ratsam, mit den Entscheidungen bis Ende September zu warten. Das Konzept zum weiteren Vorgehen werde in den nächsten Wochen in der Verwaltung detailliert ausgearbeitet und dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt.

Herr Mömkes äußert sein Bedauern, dass das Integrationsprojekt mit dem Progymnasium noch nicht verwirklicht werden konnte. Er hoffe, dass dies in Zukunft gelingen werde. Die CDU-Fraktion begrüÙe es ausdrücklich, dass für die Übergangszeit die Stadt die Verantwortung unterstützend übernehme.

Herr Waldschmidt schließt sich diesen Aussagen für die SPD-Fraktion an.

Frau Beisenherz-Galas begrüÙt die Mitteilung des Bürgermeisters und signalisiert die Zustimmung auch der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Sie fragt, ob es zutreffe, dass die Stadt der Bücherei Bensberg in diesem Jahr keine Mittel zur Neuanschaffung von Medien zur Verfügung stelle. Im letzten Jahr seien der Bücherei noch 10.000,- EUR zur Verfügung gestellt worden.

Herr Mumdey antwortet, es müssten vor dem aktuellen Hintergrund alle finanziellen Auswirkungen einschließlich der Medienbeschaffung neu erörtert werden. Dies werde in der Vorlage für die Sitzung des Fachausschusses detailliert dargestellt. Die benannten 10.000,- EUR seien bei der Antragsstellung für den Hauhalt 2008 ausdrücklich als einmalig bezeichnet worden und deshalb im Haushaltsplan 2009 auch nicht enthalten.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. <-@
Zwischenbericht zum 3. Frauenförderplan 2007-2009

@->
Der Hauptausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

6. <-@
Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept Bergisch Gladbach
1. Entscheidung über den Umgang mit den im Rahmen der Offenlage eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen
2. Zweiter Entwurf und erneute Auslegung zur Abwägung der öffentlichen Be-

lange, Empfehlung der Verwaltung zur Änderung des Konzepts, Beschluss zur erneuten Offenlage

@->

Frau Schmidt-Bolzmann äußert das Missfallen der FDP-Fraktion darüber, dass die Eingaben der IHK so wenig positiv beschieden worden seien. Wegen der auch von der IHK bemängelten „starken Reglementierung“ habe die FDP-Fraktion noch Beratungsbedarf und werde gegen die 1. Ziffer des Beschlussvorschlages stimmen.

Herr Albrecht erklärt, die CDU-Fraktion sei mit dem Konzept grundsätzlich einverstanden und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er beantragt jedoch eine Änderung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages in Bezug auf die Anregung L1. Die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung zu der Anregung L1, das Nahversorgungszentrum Schildgen bis zum Geschäft Daume zu erweitern, sei nicht akzeptabel. Dieses Geschäft sei eines der wenigen in Bergisch Gladbach mit einem breit gefächerten hochwertigen Hausratangebot. Die CDU-Fraktion befürchte, dass eine künftige mögliche Erweiterung des Geschäftes vor dem Hintergrund, dass sich das Geschäft nicht im Nahversorgungszentrum Schildgen befinde, erheblich erschwert werden könne. Es sei zwar seitens der Verwaltung versichert worden, dies könne noch nachträglich verhandelt und geändert werden; darauf wolle es die CDU-Fraktion jedoch nicht ankommen lassen, da die Bezirksregierung auf die anders lautende Beschlusslage verweisen könne. Das Nahversorgungszentrum Schildgen solle daher bis zum Geschäft Daume erweitert werden.

Frau Koshofer und Herr Waldschmidt schließen sich dieser Auffassung an.

Herr Waldschmidt zeigt sich verwundert, dass das Konzept seitens der IHK nachträglich derart kritisiert werde, obwohl ein Vertreter der IHK an den Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen und sich nur sehr selten zu Wort gemeldet habe. Er fragt, ob sich der Rewe-Markt an der Kempener Straße in einem B-Plan-Gebiet befinde, was von Herrn Orth bejaht wird. Zudem regt Herr Waldschmidt an, den Beginn der einmonatigen Offenlage vom 15.04.2009 auf den 20.04.2009 - also nach den Osterferien - zu verlegen.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wie sich die unterschiedlichen Bezeichnungen des 700-Meters-Radius' in den Stellungnahmen zu der Anmerkung K22 erklären ließen. Der Radius werde einmal als „Gebiet“ und einmal als „Nahbereich“ bezeichnet. Wenn es zutreffe, dass der Schutzradius im „ländlichen Raum“ - hier das Nahversorgungszentrum Herkenrath - anders zu bewerten sei, so bitte er um Erläuterung der Stellungnahme der Verwaltung zur Anmerkung J3. Zu der Formulierung unter „Leit-satz I“ auf Seite 15 (oben) der Einladung, „dass hier in begründeten Einzelfällen von dem Orientierungswert abgewichen werden kann“, wolle er deutlich machen, dass diese Formulierung möglicherweise ein „Türöffner für alles mögliche“ sein könne, was er für bedenklich halte. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde sich in der Abstimmung zu Ziffer 1. des Beschlussvorschlages enthalten, den Ziffern 2. und 3. sowie dem Antrag der CDU-Fraktion aber zustimmen.

Herr Orth weist darauf hin, dass ein bestehendes Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept ein inhaltlicher Leitfaden sei und politische Entscheidungen zu Einzelfällen nicht erübrige.

Herr Beckmann (Planungsbüro Stadt+Handel) antwortet, der Umgang mit den 700-Meter-Radien sei in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt. Die Formulierung „Nahbereich“ solle in die Ansiedlungsleitsätze übernommen werden, da in Bezug auf den Begriff „Gebiet“ nach der BauNVO gewisse Abgrenzungsschwierigkeiten bestünden. In der überarbeiteten Version des Berichtes seien daher entsprechende Anpassungen vorgenommen worden. Auch für Herkenrath stelle der 700-Meter-Radius den „Nahbereich“ dar.

Frau Schmidt-Bolzmann weist noch einmal darauf hin, dass die FDP-Fraktion Ziffer 1. des Beschlussvorschlages auf Grund der auch von der IHK bemängelten „Überreglementierung“ nicht zustimmen werde. Davon sei nicht nur das Geschäft Daume, sondern möglicherweise auch der Edeka-Markt in Gronau betroffen.

Herr Schmickler antwortet zusammenfassend, die zentralen Versorgungsbereiche und die Sortimentsliste müssten eindeutig abgegrenzt werden; alles andere sei praktisch nicht handhabbar. Die anderen Angaben seien Rahmenrichtlinien, die der Rat der Verwaltung setze, von denen man aber in begründeten Einzelfällen abweichen dürfe. Er sei gerne bereit, Regelungen für den Umgang mit solchen Sondersituationen zwischen Rat und Verwaltung zu verabreden, um von vorneherein der Befürchtung entgegenzutreten, die Verwaltung könne über dieses Instrument den Rat umgehen. Die von Herrn Albrecht beschriebene mögliche Situation sei nicht akut. Deshalb sollte der zentrale Versorgungsbereich nicht gegen die Vorgaben der Bezirksregierung ausgeweitet und kein Konflikt heraufbeschworen werden. Eine mögliche Erweiterung des Geschäftes Daume könne sicherlich auch unabhängig von dem zentralen Versorgungsbereich in einer Einzelfallsituation genehmigt werden, wenn man sich mit den bekannten Sortimentsstrukturen in einem Gutachten auseinander gesetzt habe.

Herr Albrecht entgegnet, die CDU-Fraktion halte den Antrag aufrecht. Er könne sich noch sehr genau an die vielen Probleme im Zusammenhang mit der ersten Erweiterung der Firma Daume erinnern. Dies solle man dem Unternehmen ersparen und der Bezirksregierung nicht in voreilemdem Gehorsam folgen. Die Bezirksregierung könne schließlich nachträglich Einspruch einlegen.

Herr Schütz bittet um eine getrennte Abstimmung über Ziffer 1. des Beschlussvorschlages und bittet insbesondere um Erläuterung, ob eine Zustimmung zu dem Prüfungsergebnis der Verwaltung dazu führe, dass die eingegangenen Anregungen und Hinweise wie in der Anlage 1 zur Vorlage dargestellt behandelt würden und ob die Anregungen und Hinweise in der zweiten Offenlage erneut eingebracht werden könnten. In Bezug auf eine künftige mögliche Erweiterung des Geschäftes Daume erläutert Herr Schütz, der Firma könne durch die Verwaltung bei Bedarf ein alternatives Grundstück im Zentrum Schildgen angeboten werden. Durch eine Erweiterung des Zentrums Schildgen würde der Zentrenbegriff „verwässert“ und bei einer Nichterweiterung entstünde künftig möglicherweise ein Problem mit der entsprechenden Baugenehmigung. Diese beiden Vorgehensweisen seien daher ungeeignet, das vorgetragene Problem zu lösen. Zu dem Extra-Markt an der Odenthaler Straße fragt Herr Schütz, ob es zutreffe, dass es eine „Bauvoranfrage“ gegeben habe, die negativ beschieden worden sei.

Herr Schmickler antwortet in Bezug auf den Extra-Markt Odenthaler Straße, es gebe eine klar formulierte Vorstellung für einen Ersatzbau, die auch mit der Bezirksregierung abgestimmt worden sei. Das, was von den Beteiligten gewünscht werde, könne

damit ohne Probleme genehmigt werden. Die Information von Herrn Schütz sei daher falsch. In Bezug auf die Anregungen und Hinweise sowie die Stellungnahmen der Verwaltung dazu antwortet Herr Schmickler, die Verwaltung müsse - wie beispielsweise auch in Bebauungsplanverfahren - eine klare Position einnehmen. Natürlich könne man Anregungen und Hinweisen nach der Offenlage des Entwurfs nachkommen und das Konzept entsprechend ändern.

Herr Mömkes ist der Auffassung, es könnten heute alle Fraktionen dem Beschlussvorschlag zustimmen, denn es gehe lediglich darum, die Anregungen und Hinweise sowie die Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Nach der zweiten Offenlage bestehe immer noch die Möglichkeit, auch neu eingebrachten Anregungen und Hinweisen nachzukommen. Der Prozess der Erstellung des Konzeptes sollte unbedingt von einer breiten Ratsmehrheit getragen werden.

Herr Orth ergänzt korrigierend, das Konzept sei Anfang Februar 2009 in die zuständigen Gremien eingebracht und danach öffentlich ausgelegt worden. Die eingegangenen Anregungen und Hinweise sollten heute zur Kenntnis genommen und den Stellungnahmen der Verwaltung dazu zugestimmt werden (Ziffer 1. des Beschlussvorschlages) - wozu es jedoch einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion gebe. Dies finde dann Ausdruck in dem entsprechend geänderten 2. Entwurf des Konzeptes (Ziffer 2. des Beschlussvorschlages), der erneut öffentlich ausgelegt werden solle (Ziffer 3. des Beschlussvorschlages).

Herr Schmickler ergänzt, die Offenlage des 2. Entwurfs sei erforderlich, da der Entwurf an maßgeblichen Stellen geändert wurde.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion, der Anregung L1 zu entsprechen, d.h. das Nahversorgungszentrum Schildgen bis zum Geschäft Daume zu erweitern, abstimmen:

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimme des Bürgermeisters bei Enthaltung der KIDinitiative angenommen.

Herr Orth lässt daraufhin über die so geänderte Ziffer 1. des Beschlussvorschlages abstimmen. Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative folgenden **modifizierten Beschluss**:

- 1. Die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Dem Prüfungsergebnis zum Umgang mit den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der betroffenen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Hinweisen (Anlage 1 zur Vorlage) wird unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages der CDU-Fraktion zugestimmt.**

Herr Orth lässt daraufhin über Ziffer 2. des Beschlussvorschlages abstimmen. Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgenden **Beschluss**:

- 2. Dem entsprechend geänderten 2. Entwurf des Einzelhandels- und Nah-**

versorgungskonzepts (Stand März 2009, Anlage 2 zur Vorlage) mit Begründung wird zum Zweck der erneuten öffentlichen Auslegung zugestimmt.

Herr Orth lässt daraufhin über Ziffer 3. des Beschlussvorschlages abstimmen. Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgenden **Beschluss**:

- 3. Die erneute Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange werden beschlossen.**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die erneute Offenlage weitere Kosten für Dokumentation, Veröffentlichung und ggfs. für die erforderliche Überarbeitung des Konzeptes durch den Gutachter sowie ggfs. zusätzlich erforderliche Abstimmungs- und Präsentationstermine des Gutachters in Bergisch Gladbach entstehen. Je nach Arbeitsumfang und Reiseaufwand kann dies zusätzliche Kosten zwischen 2.000,- und 5.000,- EUR verursachen.

Mit der Anregung der SPD-Fraktion, den Beginn der einmonatigen Offenlage vom 15.04.2009 auf den 20.04.2009 zu verlegen, zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

<-@

7. Grundlegende Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Stadtmitte Bergisch Gladbach“

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Er weist zum Thema „Öffnung von Gewässern“ darauf hin, dass dies durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie ohnehin gesetzliche Vorgabe sei. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße ausdrücklich das Sanierungsziel 1.2. Ihn interessiere jedoch, wie der Erhalt historischer Gebäude sichergestellt werden solle. Dazu müsse relativ bald eine entsprechende Katasterliste aufgestellt werden. Auch das Ziel 4.2 bewerte er als überaus positiv, fordere jedoch eine genauso starke Beachtung der Rad- und Fußwegenetze. Das „nächtliche Raumerleben“ unter Ziffer 4.7 werde wohl nicht allein durch Beleuchtung ausgelöst; die weitere städtische Infrastruktur müsse sich dem anpassen. Sehr erfreut sei die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN darüber, dass in der Stadtmitte mehr Tempo-30-Zonen eingerichtet werden sollen (Ziffer 6.1). Unter Ziffer 8.2 hätte die Verwaltung verdeutlichen sollen, ob damit die Alte Feuerwache gemeint sei. Zur Öffentlichkeitsarbeit (Ziffer 9.1) sollten sowohl die modernen Medien intensiv genutzt als auch der direkte Kontakt zum Bürger aufgenommen werden. Für die Erreichung der dargestellten Sanierungsziele müsse ausreichend Arbeitskraft zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schmickler antwortet, die Ziele seien insgesamt natürlich als allgemeine Rahmenbedingungen für das städtische Handeln formuliert. Dabei sei es auch nicht auszuschließen, dass zwischen den Zielen in einigen Fällen Zielkonflikte bestünden.

Frau Koshofer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Es müsse insgesamt mehr

Leben in die Stadt gebracht werden, worüber man sich auch einig sei.

Frau Beisenherz-Galas ergänzt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mache sich insbesondere um den Erhalt des Waatsacks große Sorgen. Dieses erhaltenswerte Fachwerkhaus dürfe auf keinen Fall aus dem Stadtbild verschwinden. Zu Ziel 5.3, dass ökologisch wertvolle Bäume geschützt werden sollen, ist Frau Beisenherz-Galas der Auffassung, dass jeder Baum ökologisch wertvoll sei. Es sei in diesem Zusammenhang außerordentlich bedauerlich, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung der Baumschutzsatzung in der gestrigen Ausschusssitzung abgelehnt worden sei.

Herr Mömkes entgegnet, der Antrag sei abgelehnt worden, da man festgestellt habe, dass das Stadtbild sich in der Zeit nach Abschaffung der Baumschutzsatzung im Wesentlichen nicht verändert habe, obwohl einige Bäume gefällt worden seien. Er habe in der gestrigen Ausschusssitzung jedoch alle Fraktionen aufgefordert, eine Liste mit schützenswerten Bäumen vor allem auf Privatgrundstücken zu erstellen und eine Unterschutzstellung zu beantragen.

Frau Koshofer ergänzt, eine solche Liste solle auch für erhaltenswerte Gebäude erstellt werden.

Herr Schütz äußert die Zustimmung der Fraktion KIDinitiative, kritisiert jedoch den Versuch, alle teilweise auch gegensätzlichen Wünsche in einem Zielkatalog zu vereinen, was aus seiner Sicht praktisch nicht zu erreichen sei. Zu den Zielen 1.5 und 2.1 fragt Herr Schütz, ob damit ein Abriss des Quirl's gemeint sei mit dem Ziel, den Bereich um die Gnadenkirche zu öffnen.

Herr Schmickler antwortet, die Diskussion über die bauliche Entwicklung im Umfeld der Gnadenkirche werde derzeit mit den Betroffenen und der Politik geführt. Dazu würden beizeiten Entscheidungen zu treffen sein, die er jedoch nicht prophezeien könne.

Zum Ziel 1.2 weist Herr Hagen darauf hin, dass der Verschönerungsverein bereits vor Jahren dafür gesorgt habe, dass die historischen Gebäude angestrahlt werden.

Frau Beisenherz-Galas fragt zu Ziffer 5.4 des Zielkatalogs, ob und wie die Vorgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie, maximal 30 Meter zu verrohren, berücksichtigt werden solle.

Herr Schmickler entgegnet, es sei nicht beabsichtigt, den Strunder Bach in der Stadtmitte zu verrohren, sondern - im Gegenteil - vorhandene Verrohrungen zu beseitigen. Dabei müsse jedoch berücksichtigt werden, dass der verrohrte Strunder Bach in der Stadtmitte zu großen Teilen über Privatgrundstücke, über die die Stadt nicht verfügen könne, und auch über unverzichtbare öffentliche Verkehrsflächen verlaufe. Alle derzeit vorhandenen Verrohrungen seien rechtmäßig genehmigt. Die Stadt werde versuchen, die Strunde im Rahmen der Planungen so weit wie unter diesen gegebenen absoluten Voraussetzungen möglich zu öffnen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die der Vorlage als Anlage beigefügten Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Stadtmitte Bergisch Gladbach“ werden beschlossen.

<-@

8. Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung unter Berücksichtigung des Konjunkturpaketes II

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

I. Der I. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

II. Der VII. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

9. Bericht aus dem Integrationsbeirat

@->

Der Hauptausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

<-@

10. Veranstaltungs- und Finanzplan 2009 des Integrationsbeirates

@->

Herr Orth regt an, der Rat möge den „Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates“ aufheben, damit auf eine Entscheidung über den Veranstaltungs- und Finanzplan des Integrationsbeirates künftig verzichtet werden kann.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Integrationsbeirat wird ermächtigt, die in der Vorlage dargestellten Aktivitäten mit einem Ausgabevolumen bis zu 5.000,- EUR in die Wege zu leiten und die hierfür notwendigen Verpflichtungen einzugehen.

<-@

11. Anträge der Fraktionen

11.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2009 zur Verteilung von Mitteln aus dem „Konjunkturpaket II“

@->

Herr Mömkes erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung in der Vorlage einverstanden. Der Antragsinhalt werde demnach in der kommenden Ratssitzung im Zusammenhang mit der Prioritätenliste beraten.

Der Hauptausschuss zeigt sich mit dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung einvernehmlich einverstanden.

**12. <-@
Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Kino Bensberg

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um eine Sachstandsmitteilung zum Kino Bensberg.

Herr Schmickler antwortet, die Baugenehmigung sei in den letzten Tagen erteilt worden. Die weitere Umsetzung des Projektes liege damit in Händen des Bauherrn.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@